



Krieg und Frieden

Droht neuer Weltenbrand? Über die Erinnerung an die Schlachtfelder von einst – und neu entfachte Feindseligkeiten. **Seiten 21, 23 und 31**

Fotos: imago/United Archives (links), dpa/Ivan Bobersky (rechts)



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 29./30. März 2014

69. Jahrgang/Nr. 75

Berlinausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Weg mit dem Zwang

Aert van Riel über den Doppelpass

Deutschland ist von einem modernen und gerechten Staatsbürgerschaftsrecht sehr weit entfernt. Nach dem vorliegenden Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft wird die Bundesregierung eine scharfe Grenze ziehen, wer den Doppelpass behalten darf und wer nicht. Anstatt den Optionszwang einfach komplett zu streichen, werden unsinnige Nachweishürden eingeführt. Diese gehen allein auf die Union zurück. Dort ist man sich einig, dass die SPD in der Regierung keine großen Erfolge feiern soll. Hinzu kommt, dass sich zahlreiche Politiker von CDU und CSU kaum von ihrer zum Teil erzkonservativen Wählerschaft unterscheiden. Diese soll mit dem Versprechen beruhigt werden, dass nicht jeder hier geborene Nachkomme von Einwanderern ohne bürokratischen Aufwand die deutsche Staatsbürgerschaft behalten kann.

Leidtragende der seit Wochen andauernden Debatte sind Migranten, die Staatsbürger der Bundesrepublik werden wollen oder fürchten müssen, ihren deutschen Pass zu verlieren. Es sind vor allem Menschen mit türkischem Hintergrund, die bei der Doppelpassregelung im Unterschied zu EU-Bürgern diskriminiert werden. Sie haben das Gefühl, hierzulande nicht willkommen zu sein. Viele Deutsch-Türken sind SPD-Stammwähler und dürften sich nun gut überlegen, ob sie noch einmal ihr Kreuz bei der Partei machen werden. Denn die Enttäuschung in der türkischen Gemeinde über das fehlende Durchsetzungsvermögen der Sozialdemokraten sitzt tief.

UNTEN LINKS

Nicht allein die Meinungsfreiheit, auch die **Kurznachricht** als solche steht auf dem Spiel, seit Ministerpräsident Erdogan Twitter blockieren ließ. Nun sperrte er YouTube. Aber bleiben wir vorerst bei Twitter, dem virtuell globalisierten BND. Denn Twitter, das ist ein Nachrichtendienst, nur ohne Geheimnis. Sollte Erdogans Beispiel Schule machen, das virtuelle Gezwitscher also weltweit der Zensur anheimfallen, bliebe den Aposteln der Transparenz nur noch ein Ausweg: Sie müssten ihre digital-dissidentischen Kurznachrichten auf bedrucktem Papier unter die Leute bringen. (Nebenbei bemerkt: Wäre das nicht auch ein Weg für Blogger, deren Ergüsse online niemand zur Kenntnis nimmt?) Ein materielles Medium für die gedruckte Kurznachricht gibt es bereits: das Toilettenpapier. Ein namhafter Zellstoffhersteller brachte jüngst eine Rolle auf den Markt, die Blatt für Blatt mit äußerst bedenklichen Sätzen in der Länge eines Tweets bedruckt ist. *mha*

Ein bürokratisches Ungetüm

Große Koalition schafft neue Nachweishürden für die doppelte Staatsbürgerschaft



Foto: imago/Florian Schuh

Berlin. Deutschland hat sich durch seine Einwanderer stark verändert. Allerdings hat die Politik lange gebraucht, um zu akzeptieren, dass viele Migranten hier heimisch werden und das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Inzwischen ist es kein Widerspruch mehr, wenn man zugleich Deutsche, Türkin und Muslima ist.

Eine Bremserin dieser Entwicklung ist noch immer die Union. Sie hat sich in der Koalition gegen eine großzügige Regelung bei der doppelten Staatsbürgerschaft gestemmt. Im Koalitionsvertrag mit der SPD setzten die Konservativen durch, dass man nicht nur in

Deutschland geboren, sondern auch aufgewachsen sein muss, um den deutschen Pass nicht zu verlieren. Nach Diskussionen zwischen den Bundesministerien des Innern und der Justiz liegt nun ein Gesetzentwurf vor. Darin hat der Justizminister Heiko Maas (SPD) dem Innenressortchef Thomas de Maizière (CDU) einige Zugeständnisse abgetrotzt, aber eine komplette Abschaffung des Optionszwangs, wonach sich Jugendliche zwischen dem deutschen Pass und der Staatsbürgerschaft der Eltern entscheiden müssen, hat die SPD nicht erreicht. Es werden neue Nachweishürden für den Doppelpass geschaffen.

Widerstand dagegen regt sich nicht nur in der Opposition aus Linkspartei und Grünen sowie in Migrantenverbänden. Auch innerhalb der SPD wird über die Regelung gestritten. Die von SPD und Grünen regierten Länder Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz hatten vergeblich versucht, über den Bundesrat Druck zu machen, um den Optionszwang ohne Ausnahme zu streichen. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) sprach in der »FAZ« nun von einem »riesigen, integrationsfeindlichen Bürokratiemonster«. *avr*

Seite 5

Erdogan wieder beim Lügen erwischt

Türkische Regierung sperrt zur Strafe Internetplattform YouTube und empört sich über Mitschnitt

Der türkische Premier Erdogan spielt den Empörten, weil seine Kriegsgedankenspiele abgehört wurden. Seine Wut richtet sich nun, kurz vor einer Wahl, auf das übermittelnde Medium.

Von Jan Keetman

Die Türkei schränkt auf Anweisung ihres Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan das Internet und seine Nutzer weiter ein. Nun ist auch die Plattform YouTube blockiert. Dort waren am Donnerstagabend zahlreiche abgehörte Telefonate veröffentlicht worden. Größtenteils waren es Mitschnitte von Gesprächen im Außenministerium, in denen über die Schaffung eines Anlasses zu einem Krieg gegen Syrien beraten wurde. Als das bekannt wurde, gingen in der Nacht zum Freitag in Istanbul, Ankara, Izmir und Adana Tausende Menschen auf die Straße, um gegen Kriegsvorbereitungen zu demonstrieren.

Die türkische Regierung reagierte hochgradig nervös.

Um die Verbreitung der Mitschnitte zu verhindern, wurde der Zugang zu YouTube in der Türkei sofort generell gesperrt. Für den Kurznachrichtendienst Twitter gilt das ohnehin schon. Mit seiner durch den langen Kommunalwahlkampf strapazierten Stimme beschwerte sich Erdogan vor einer Menge in der Stadt Diyarbakir: »Heute haben sie wieder was bei YouTube eingestellt ... ein Gespräch über die nationale Sicherheit ... das ist gemein, das ist niederrächtigt, das ist unehrenhaft!« Damit räumte Erdogan indirekt die Echtheit des Gesprächs ein.

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu kehrte den Sachverhalt einfach um und sprach von einer »Kriegserklärung an die türkische Republik«. Davutoglu hat sehr persönliche Gründe, sich zu sorgen. Denn eine der Stimmen bei der Besprechung ist seine eigene. Andere

Teilnehmer sind offenbar der Chef des türkischen Geheimdienstes Hakan Fidan, ein Staatssekretär und ein General. Sie spielen Möglichkeiten durch, wie sich ein An-

»... das ist gemein, das ist niederrächtigt, das ist unehrenhaft!«

Recep Tayyip Erdogan, türkischer Premier

lass für ein militärisches Eingreifen in Syrien schaffen ließe.

Ein Vorschlag ist, von syrischem Gebiet aus Raketen auf türkisches Territorium abzuschießen; ein anderer besteht in einem fingierten Angriff auf ein Ehrengrab eines Vorfahren der osmanischen Dynastie, das sich jenseits der Grenze, auf syrischer Seite, befindet – ein exterritoriales

Gebiet, in dem immer etwa zwei Dutzend türkische Soldaten stationiert sind.

Seit Tagen schon werfen Kritiker wie die gewerkschaftsnahe Kolumnistin Hamide Yigit dem Ministerpräsidenten vor, künstlich Spannungen mit Syrien zu erzeugen, um von den zahlreichen Korruptionsskandalen der Regierung abzulenken. Ein militärisches Eingreifen in Syrien ist in der Türkei jedoch sehr unpopulär. Dies gilt insbesondere für die alevitischer Minderheit, die zwar nicht unbedingt mit Syriens Präsident Baschar al-Assad sympathisiert, der ebenfalls dieser Glaubensrichtung angehört, aber die Errichtung eines sunnitisch-islamischen Gottesstaates im Nachbarland befürchtet. Dies könnte auch Auswirkungen auf die politische Atmosphäre in der Türkei haben.

Ob Erdogan in dieser Situation seine Partei zu den angestrebten Erfolgen bei der Kommunalwahl führen kann, ist fraglich. *Seite 3*

Intendanten streiten um Kulturkürzungen

Theater in Sachsen-Anhalt verlieren Zuschüsse in Millionenhöhe

Berlin. Als »beispiellosen Akt der Entsolidarisierung« haben Theaterintendanten aus Dessau, Eisleben und Halle Äußerungen der Generalintendantin des Magdeburger Theaters, Karen Stone, kritisiert. Stone hatte in einem Interview zum Welttheatertag am Donnerstag die geplanten, teils drastischen Kürzungen der Mittel für Theater im Landeshaushalt von Sachsen-Anhalt als »faire Verteilung des Geldes vom Land innerhalb des Landes« bezeichnet. Während das Magdeburger Theater »ungekürzte Zuwendungen« erhalte, müssten die anderen Bühnen mit erheblichen Einbußen rechnen, schreiben die drei Intendanten. »Anstatt die gesamte Theaterlandschaft gemeinsam zu verteidigen und für die Menschen vor Ort zukunftssicher zu machen, wählt Frau Stone einen egoistischen Sonderweg, der sich zwar kurzfristig bei der Politik anbietet, bei dem aber das Theater in Magdeburg als moralische Anstalt Schaden nimmt«, heißt es in einer Erklärung der drei Intendanten. Stone mache sich »die durchschaubare falsche Argumentation des Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (CDU) zu eigen, ... dass dem Land alle Städte gleich lieb und teuer seien«.

Um die Theaterfinanzierung in Sachsen-Anhalt wird seit langem erbittert gestritten. Die Volksinitiative »Kulturland Sachsen-Anhalt retten«, die die Kürzungen verhindern wollte, ist in dieser Woche im Landtag gescheitert. *wh* Reportage Seiten 18 und 19

Obama fordert Truppenrückzug von Russland

Janukowitsch meldet sich wieder

Washington. US-Präsident Barack Obama hat Russland zum Rückzug seiner Truppen von der Grenze zur Ukraine aufgefordert. Möglicherweise wolle Moskau die Ukraine nur »einschüchtern, aber es kann auch sein, dass sie weitergehende Pläne haben«, mutmaßte Obama in einem CBS-Interview. Washington schätzt, dass rund 20 000 russische Soldaten nahe der Grenze der Ukraine stationiert sind. Die Regierung in Kiew behauptete sogar, es seien »fast 100 000 Soldaten«. Moskau hatte größere Truppenbewegungen bestritten.

Tim Guldimann, Sondergesandter der OSZE für die Ukraine, rechnet derweil mit einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten des Landes. Eine Konfrontation könne auch nicht im Interesse Russlands liegen, sagte Guldimann im Deutschlandradio Kultur.

Auch der entmachtete ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch meldete sich wieder zu Wort: »Als Präsident rufe ich jeden vernünftigen Bürger auf: Lassen Sie sich von den Betrügnern nicht benutzen! Fordern Sie ein Referendum über den Status jeder Region in der Ukraine!«, zitierte ihn ITAR-TASS.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hatte am Donnerstagabend eine nicht bindende Resolution angenommen, in der das Referendum auf der Krim über eine Zugehörigkeit zu Russland als »ungültig« bezeichnet wird. Dafür stimmten 100 Staaten, elf waren dagegen, 58 enthielten sich, 24 nahmen nicht an der Abstimmung teil. Russland erklärte, die Resolution sei »kontraproduktiv«. *AFP/nd*

Achtung, Sommerzeit!

In der Nacht von Samstag auf Sonntag werden die Uhren um eine Stunde vorgestellt.

ISSN 0323-4940

